



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 30. November 2019

PRESSEINFORMATION

Landeshaushalt 2020 kommunalfreundlich wie noch nie: Witzel sieht zahlreiche Verbesserungen für Essen

In der Haushaltsdebatte des Landtags in dieser Plenarwoche hat der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel die zahlreichen Verbesserungen für die Kommunalfinanzen betont, von denen auch die Stadt Essen maßgeblich profitiert.

Witzel sieht etliche Vorteile für die lokale Politik im neuen Jahr: „Mit einem beachtlichen Zuwachs um 42 Millionen Euro erhält die Stadt Essen vom Land im Jahr 2020 die Rekordsumme von 659 Millionen Euro an Finanzmitteln aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz zur örtlichen Aufgabenerledigung. Ferner verbessern sich weitere gesonderte Zuweisungen, beispielsweise in den Bereichen Bildung und Kultur. Die örtliche Kulturförderung wird ebenso erhöht wie die Bezuschussung des Kita-Betriebs um mehrere Millionen Euro durch das neue Kinderbildungsgesetz. Außerdem kann sich die Stadt durch die Dynamisierung der Schulpauschale auf langfristig und planungssicher aufwachsende Zuwendungen für die Modernisierung der Essener Schullandschaft einstellen. Das alles sind gute Nachrichten, damit die Stadt Essen ihre immer noch herausfordernden Stadtfinanzen besser in den Griff bekommen kann. Angesichts der sich abschwächenden Konjunktur und dem damit verbundenen langsameren Wachstum der Steuereinnahmen sowie des bestehenden Schuldenbergs sind begleitende Einsparungen und Strukturverbesserungen in der Essener Haushaltsplanung aber immer noch unverzichtbar. Die Stadt darf sich nicht allein auf Mittelzuwächse von Land und Bund verlassen, sondern hat auch ihre eigenen Hausaufgaben für generationengerechte Stadtfinanzen zu erledigen.“

Auch die Essener Bevölkerung hat vom Land etliche Verbesserungen im neuen Jahr zu erwarten: Wichtige Dienstleistungen werden durch einen Stellenaufwuchs mit Landespersonal bei Schulen, Polizei und Justiz gestärkt. Ferner übernimmt das Land die Hälfte der umstrittenen kommunalen Straßenausbaubeiträge.